

Erklärung von François-Xavier Ortoli (Washington, 11. Februar 1974)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Februar 1974, Nr. 2. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Erklärung von François-Xavier Ortoli (Washington, 11. Februar 1974)", p. 18-22.

Urheberrecht: (c) Europäische Union

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_francois_xavier_ortoli_washington_11_februar_1974-de-87508194-9b4a-4ae5-ab32-4f1d1d03ded5.html

Publication date: 16/03/2015

Erklärung von François-Xavier Ortoli (Washington, 11. Februar 1974)

„Mit den Oktoberereignissen kam eine Energiekrise zum Ausbruch, die seit langem unterschwellig vorhanden war.

Die Europäische Gemeinschaft wird von dieser Krise hart getroffen: Um dies zu begreifen, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, daß das Erdöl in den nächsten Jahren wahrscheinlich weiterhin rund 60% ihrer Energieversorgung ausmachen wird. Diese Zahl beweist das Ausmaß unserer Probleme und zeigt ihre Besonderheit gegenüber den Problemen anderer Verbraucherländer mit weit geringerer Abhängigkeit.

Zur Zeit haben wir es mit Mengenproblemen zu tun. Unter sonst gleichbleibenden Voraussetzungen könnten uns 1974 50 Millionen Tonnen fehlen, das sind 10% unseres Erdölbedarfs und 3% unseres Energiebedarfs.

Wegen der spektakulären Zunahme der Rohölpreise stehen, wie alle, auch wir und vielleicht wir ganz besonders vor Zahlungsbilanzproblemen.

Angesichts dieser Lage haben die Mitgliedstaaten kurzfristige Energieeinsparungsmaßnahmen getroffen, die sich eher auf den privaten als auf den industriellen Verbrauch erstrecken. Sie haben auch damit begonnen, in den Elektrizitätskraftwerken und in spezifischen Industriezweigen wie der Stahl-, Zement- und NE-Metallindustrie die Möglichkeiten einer Substitution des Erdöls durch andere Brennstoffe (Kohle und Erdgas) zu nutzen.

Die Mitgliedstaaten sind sich der allgemein bekannten generellen Auswirkungen der Krise bewußt: Abrupte Änderung der terms of trade zwischen Verbraucher- und Erzeugerländern, beträchtliche Steigerung der Einnahmen aus den Erdölexporten, tiefgreifender Wandel im Welthandel und im Kapitalverkehr.

Hier möchte ich darauf hinweisen, daß die Verbraucherländer je nach dem Grad ihrer Abhängigkeit von Erdöleinfuhren den Preisanstieg sehr unterschiedlich zu spüren bekommen werden. Zwar sind die Folgen für die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten nicht unerheblich, aber Japan, Europa und die Entwicklungsländer werden kurzfristig viel stärker getroffen, weil ihre Abhängigkeit von Erdöleinfuhren viel größer ist und sich unmittelbarer auf die Kosten ihrer Industrie auswirkt; und langfristig, weil es für sie in Ermangelung eigener Energiequellen viel schwieriger sein wird, ihre Versorgungsautonomie zu steigern. Aber verwundbarer noch sind die Entwicklungsländer, in denen die Kosten für Erdöleinfuhren den Betrag der offiziellen Entwicklungshilfe, die sie in den letzten Jahren erhielten und mit der sie nur schwer das Defizit ihrer laufenden Zahlungen decken konnten, übersteigen.

Unsere Gemeinschaft steht diesem Aspekt des Problems besonders aufgeschlossen gegenüber, und zwar nicht nur wegen ihrer wirtschaftlichen Verbindungen mit den Entwicklungsländern, für die sie ein erstrangiger Absatzmarkt und gleichzeitig ein sehr großer Lieferant ist. Die Gemeinschaft legt sehr großen Wert darauf, daß, wenn wir Stellung beziehen, dabei ausdrücklich die ernste Besorgnis berücksichtigt wird, die die derzeitige Energielage in der dritten Welt hervorruft. Es sind die geeignetsten Mittel und Wege zu suchen, um die nicht Erdölerzeugenden Entwicklungsländer so eng wie möglich an der Zusammenarbeit im Energiebereich zu beteiligen.

Um auf die Gemeinschaft zurückzukommen: Der Erdölpreisanstieg wird in nächster Zukunft verschiedenartige Auswirkungen haben. Die direkten Folgen für das allgemeine Preisniveau können mit 2% angesetzt werden; hinzukommen 3% durch indirekte Effekte. Da sich der Produktionsrückgang 1976 auf 1,5% belaufen kann, ergibt sich ein reales Wirtschaftswachstum von 2 bis 3% mit bestimmten Auswirkungen auf die Beschäftigung. Schließlich spiegelt sich in den Vorausschätzungen für die Zahlungsbilanz die Verschlechterung der terms of trade der Europäischen Gemeinschaft sehr deutlich wider. Selbst wenn man annimmt, daß die Erdöleinfuhren 1974 um 10% sinken, könnten die zusätzlichen Nettokosten 17,5 Milliarden Dollar erreichen, d.h. 1,5% des Bruttoprodukts der Gemeinschaft oder 17% ihrer Ausfuhren.

Die neue Lage infolge der plötzlichen und beträchtlichen Erdölpreiserhöhung hat uns veranlaßt, in

Kopenhagen für uns selbst die Grundzüge einer gemeinsamen Energiepolitik unter fünf Aspekten festzulegen:

- für ein ordnungsgemäßes Funktionieren des gemeinsamen Energiemarktes sorgen;
- die Energie wirksamer einsetzen und die Energieverschwendung einschränken: im Augenblick ist dies für uns alle eines der großen Zukunftsthemen, dem wir uns mit unermüdlicher Verstandes- und Willenskraft widmen müssen;
- ein umfassendes Gemeinschaftsprogramm für die Weiterentwicklung der Alternativenergiequellen, einheimisches Erdöl und Erdgas, Kohle, Kernenergie und nicht übliche Brennstoffe, aufstellen, was eine Intensivierung der Bemühungen im Bereich der Forschung und Entwicklung zufolge haben wird. Dazu wird die Kommission, deren Präsident ich bin, ehrgeizige Vorschläge für eine gemeinschaftliche Politik unterbreiten; wir wissen auch, daß hier Möglichkeiten zur Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit begründet sind;
- mit den Erzeugerländern eine weitreichende Zusammenarbeit im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und industrielle Entwicklung und eine stabile Versorgung zu angemessenen Preisen anstreben;
- mit den übrigen Erdölverbraucherländern im Rahmen der OECD Mittel und Wege zur Behandlung der gemeinsamen langfristigen Energieprobleme prüfen.

Über die eigentlichen Energieprobleme hinaus müssen wir die Auswirkungen der Energielage auf die gesamte Weltwirtschaft und insbesondere auf das Währungsgleichgewicht mit ganz besonderer Aufmerksamkeit beobachten. Hier ist zu vermeiden, daß die eine Politik in gefährlichem Widerspruch zu einer anderen steht. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Geldabwertung aus Wettbewerbsgründen kein Heilmittel ist; auch dürfen wir uns nicht gegenseitig übertrumpfen wollen und müssen uns vor einem Protektionismus im Handel hüten. Ferner wären in den geeigneten Gremien Überlegungen dazu anzustellen, wie die Störungen infolge der beträchtlichen zusätzlichen Liquiditäten vermieden werden können und wie das dadurch entstehende internationale Kapital in die rechten Kanäle geleitet und besser angelegt werden kann, wobei insbesondere der Kapitalbedarf der kein Erdöl erzeugenden Entwicklungsländer zu berücksichtigen ist, deren zusätzliche Belastungen ihre Entwicklungspläne vollständig umstürzen könnten. Dieses Problem betrifft die ganze Welt.

Die Gründe und Einstellungen untersuchen, die zur derzeitigen Energielage und zu ihren Folgen für die wirtschaftlichen Gleichgewichte in der Welt geführt haben, könnte nutzlos erscheinen, wenn damit nicht — und dies ist es, woran uns gelegen ist — die künftigen Verantwortlichkeiten jedes einzelnen unter Berücksichtigung der Unterschiede in der jeweiligen Lage geklärt werden könnten.

Die *Verbraucherländer*, die sich in der Vergangenheit angesichts der reichlichen und billigen Energie in Sicherheit wiegten, haben im allgemeinen das Energieproblem vernachlässigt, während die weltweite Inflation und der Geldwertverfall — die ihren Ursprung weitgehend in den Verbraucherländern haben — die Erzeugerländer in dem Eindruck bestärkten, daß sie übervorteilt werden.

Die *Erdölindustrie* war nicht vorausschauend und konnte sich nicht einer unaufhaltsamen historischen Entwicklung voll anpassen; diese Entwicklung beschleunigte sich und führte auf verschiedenen Wegen dazu, daß die Erzeugerländer ihre natürlichen Ressourcen allmählich in ihren Besitz brachten.

Schließlich haben die *Erzeugerländer*, die nunmehr im Rahmen einer verstärkten globalen Solidarität auftreten, ihre Preise innerhalb kurzer Zeit sehr stark angehoben. Sie haben sich jetzt darüber klar zu werden, wie ihre Beschlüsse mit dem Bestreben übereinstimmen, weiterhin die Expansion der internationalen Wirtschaft zu sichern und insbesondere dem legitimen Wachstumsbedarf der Entwicklungsländer, die nicht über Energiequellen und Rohstoffe verfügen, zu entsprechen.

Morgen wird die Verantwortung gleichmäßig verteilt sein: das Problem einer besseren Deckung des

Energiebedarfs ist weltweit vorhanden. Es betrifft:

— Erstens alle *Verbraucherländer*, für die es eine Notwendigkeit ist, über eine ausreichende Energieversorgung zu angemessenen Preisen zu verfügen, um ihr Wirtschaftswachstum in geregelten Bahnen verlaufen zu lassen, den Welthandel nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen und sich an den Bemühungen zur Entwicklung der weniger reichen Länder zu beteiligen, und die auch bei der Energieverwendung Einsparungen vornehmen können müssen.

— Zweitens die *Erdölindustrie*, die angesichts der Vorrechte, über die sie in sicherlich zu Ende gegangenen Zeiten verfügte, in Zukunft nur eine andere Rolle spielen kann. Sie wird nunmehr die Aufgabe, die bisher die ihrige war, nicht mehr allein wahrnehmen. Sie hat dies zu akzeptieren und sich anzupassen. Sofern sie andererseits sehr oft „technische Zuständigkeiten“ für Forschung, Erzeugung, Raffinierung und Vertrieb von Kohlenwasserstoffen behalten wird, muß die Transparenz ihrer Geschäfte verbessert werden, damit ihr finanzieller Bedarf, die Art, wie sie ihre finanziellen Mittel verwendet, und ihr Beitrag zum besseren und gerechteren Marktgleichgewicht überschaubarer sind.

— Drittens die *Erzeugerländer*, die ebenfalls ihre Probleme und ihre Verantwortung haben. Die ausgewogene Entwicklung ihrer Wirtschaften beruht auf der geregelten Nutzung ihrer Ressourcen, die vereinbar sein muß mit dem allmählichen und notwendigen Übergang zu Ersatzenergien; ebenso müssen sie dazu beitragen, tiefgreifende Wirtschafts- und Währungsungleichgewichte zu vermeiden, denen sie gleichermaßen zum Opfer fielen. Es liegt natürlich nicht in ihrem Interesse, das Wachstum der Weltwirtschaft zu behindern oder zu verlangsamen.

In den *Verbraucherländern*, wie ich bereits gesagt habe, ist die Lage jeweils anders. Einige — und dies gilt zum Beispiel für die Gemeinschaft und für Japan — können nicht hoffen, sich rasch und weitgehend von einer naturgegebenen Energieabhängigkeit von dritten Ländern zu lösen. Sie müssen sich — aber hierbei dürfen sie nicht egoistisch vorgehen — besonders mit ihrer Versorgung beschäftigen, die im übrigen auch den Zugang zu in anderen Industrieländern mit geringerer Abhängigkeit gefundenen neuen Ressourcen umfassen müßte. In allen Fällen ist sicher, daß für die jeweilige besondere Lage eine besondere Antwort gefunden werden muß. Ich möchte nicht weiter auf die Probleme der „vierten Welt“ eingehen: Sie müßten bei allen unseren Überlegungen berücksichtigt werden, denn es gilt zu verhindern, daß die Bemühungen der ärmsten Länder um einen wirtschaftlichen Start ein für alle Mal zunichte gemacht werden und der Abstand zwischen ihrem Lebensstandard und dem der anderen Teile der Welt zunimmt.

Innerhalb der *Erdölindustrie* bestehen Unterschiede, und um einen bedauerlichen, aber erklärlichen Wettlauf zu vermeiden, sollte man sich vielleicht über die Mittel und Wege Gedanken machen, die faktische Diskriminierung zu beseitigen, die zwischen den Gesellschaften besteht, die direkten Zugang zum Erdöl haben, und denjenigen, die ihn nicht haben. Dies ist ein bedeutsames Problem, dessen Lösung sich vielleicht infolge der Entwicklung der Politik der Erzeugerländer und des angeregten Dialogs zwischen Verbraucher- und Erzeugerländern absehen läßt.

Schließlich wäre es unrealistisch, nicht die Unterschiede zwischen den Erzeugerländern in Betracht zu ziehen, Unterschiede hinsichtlich des Umfangs und der Nutzungsdauer ihrer Ressourcen oder hinsichtlich der wirtschaftlichen und demographischen Probleme, die sie zu bewältigen haben.

Diese Analyse ist summarisch und will nichts Neues bringen. Aus ihr geht meiner Ansicht nach im wesentlichen hervor, daß die in Angriff zu nehmende Aufgabe zu bedeutsam ist, als daß sie auf eine dualistische und vereinfachte Beurteilung der Rolle und der Verantwortung jedes einzelnen gegründet werden kann. Die Herausforderung, der wir uns alle — Erzeuger wie Verbraucherländer — gegenübersehen, wird sich auf unsere Entwicklungsmodelle und unsere Zivilisation auswirken. Eine Antwort kann nur im Rahmen einer flexiblen Konzertierung gegeben werden, bei der die Interessen aller dargelegt und berücksichtigt werden. Wir hoffen, dass die Washingtoner Konferenz unter anderem einen Beitrag zur Lösung dieses Problems leisten wird.“